

Volkmar Halbleib, SPD

Stellungnahme *) zur Veranstaltung des Sozialpolitischen Forums Würzburg
„Für eine menschliche Sozialpolitik“ – 10.9.2013 – Felix Fechenbach Haus

Angaben zur Person und zur politischen Funktion

Volkmar Halbleib, Ochsenfurt, 49 Jahre alt. Beruflich als Richter und Verwaltungsjurist tätig gewesen. Seit 2008 Mitglied des Bayerischen Landtages, stv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, stv. Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen. In der Kommunalpolitik: Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Würzburg, Stadtrat Ochsenfurt.



Themenfeld Wohnungsmangel

Die Bevölkerung in Würzburg wird nach den Prognosen die nächsten 15 Jahre weiter wachsen. Der Wohnungsmangel ist bereits jetzt akut. Kleine und mittlere bezahlbare Wohnungen fehlen (wie z.B. für allein erziehende, arbeitslose, strafentlassene, behinderte, alte Menschen). Wir vom Sozialpolitischen Forum meinen, dass diese Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Frage 1) Welche Lösungen sieht Ihre Partei auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene?

Bundesebene:

Wir brauchen ein Bündnis von Bund, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften. Nur so werden wir

- die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen stärker begrenzen. Bei der Wiedervermietung von Wohnungen haben die Vermieter nach geltendem Recht weitgehend freie Hand, die Miete zu vereinbaren. Die Folge sind häufig deutliche Mietsteigerungen. Deshalb soll eine Obergrenze für Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeführt werden. Erstvermietungen von neugebauten Wohnungen sind davon grundsätzlich ausgenommen.
- für effiziente, für Mieterinnen und Mieter bezahlbare und städtebaulich verträgliche neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern aufgebürdet werden. Wir werden umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen.
- den Neubau fördern, da ohne eine deutliche Zunahme neuer Wohnungen alle Maßnahmen zur Mietpreisdämpfung ins Leere laufen. Unser Ziel ist zukunfts- und altersgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum.
- kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen als Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften stärken. Wir wollen eine Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens, der für Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität steht.
- die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 verstetigen. Die Länder sollen die Mittel zweckgebunden für Wohnungsneubau und -modernisierung einsetzen.

- bei Grundstücksvergaben mit gutem Beispiel vorangehen und gute Konzepte für bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Stadt unterstützen. Auch Bauland der Kommunen und der Länder darf nicht immer nur an den Meistbietenden gehen.
- den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.
- die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter machen.

Landesebene:

- **Sozialen Wohnungsbau steigern:** Durch die Förderalismusreform I wurde die soziale Wohnraumförderung ausschließlich den Ländern überlassen. Wir werden im Freistaat die Zukunft der sozialen Wohnraumversorgung sicher stellen. Wir werden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau verstetigen und auf Regionen mit Wohnraummangel konzentrieren. Deshalb werden wir die Landesmittel zur Wohnraumförderung in Ballungsräumen massiv erhöhen und uns dafür einsetzen, dass die Abschreibungsmöglichkeiten beim Bauen verbessert werden. Jungen Familien soll die Bildung von Wohneigentum erleichtert werden.
- **Wohnungsbaugenossenschaften stärken:** Der Auf- und Ausbau von Wohnungsgenossenschaften wird von uns durch die Aufnahme in das bayerische Wohnraumförderungsgesetz künftig verstärkt gefördert. Mit Baugrund und günstigen Darlehen wollen wir Genossenschaften und kommunale Wohnungsbaugesellschaften unterstützen.
- **Mietanstieg bremsen und Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern:** Seit Jahren verweigert die schwarz-gelbe Staatsregierung die Schaffung der nötigen Rechtsgrundlage für Kommunen zum Erlass eines generellen Umwandlungsverbots von Miet- in Eigentumswohnungen in Erhaltungsatzungsgebieten. Damit geht Jahr für Jahr bezahlbarer Wohnraum verloren. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird unverzüglich diese Rechtsgrundlage schaffen, damit in Kommunen mit Wohnraummangel Luxussanierungen verhindert werden und die angestammten Mieterinnen und Mieter in ihren Wohnungen bleiben können.
- **Neue Wohnformen für Ältere:** Wir werden in Bayern neue innovative Wohnformen wie zum Beispiel Hausgemeinschaften und selbstbestimmte Wohnformen im Alter stärker unterstützen und ausbauen. Die Barrierefreiheit ist für ältere Menschen von großer Bedeutung. Dies gilt auch für den öffentlichen Personennah- und -fernverkehr, die Gleiszugänge und Bahnhöfe. Mit einem Förderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir die Kommunen Schritt für Schritt bei den notwendigen Investitionen unterstützen.

Bezirksebene:

Wir setzen uns dafür ein, dass

- mehr alten- und behindertengerechte Wohnungen geschaffen und gemischte Wohnformen unterstützt werden,
- Modellprojekte zusammen mit den Sozialverbänden für neue inklusive Wohnformen gefördert werden,
- die Unterbringungen von Asylbewerber menschenwürdiger, das heißt für uns dezentral, mit besserer sozialer Betreuung und ohne Schikanen erfolgt.

Frage 2) Wie werden Sie sich in Ihrer politischen Arbeit für die Linderung der Wohnungsnot einsetzen?

Ich habe mich im bayerischen Landtag im Haushaltsausschuss bisher schon dafür eingesetzt, dass die Mittel für den Wohnungsbau erhöht werden, insbesondere für das studentische Wohnen, neue Wohnformen und für Menschen mit Handicaps. Diese Arbeit möchte ich gerne fortsetzen. Am erfolgreichsten kann ich das mit den erforderlichen politischen Mehrheiten.

Themenfeld Pflegenotstand

Der Pflegenotstand zeigt bereits seine massiven Auswirkungen. Es gibt z. B. derzeit Einrichtungen in Würzburg, Schweinfurt und anderswo, die keine Bewohner mehr aufnehmen können, weil Ihnen das Pflegepersonal fehlt. Ein erheblicher Teil der Arbeitszeit wird inzwischen für die Dokumentation aufgewandt, anstelle für den direkten Kontakt mit den alten oder pflegebedürftigen Menschen. Wir vom Sozialpolitischen Forum fordern „Mehr Zeit für die Pflege“ und bessere Rahmenbedingungen für Pflegekräfte.

Frage 3) Was tun Sie, was tut Ihre Partei dafür, den Pflegenotstand und seine Ursachen zu überwinden?

Wir wollen die Pflegerischen solidarischer absichern und den verschiedenen Lebenslagen gerechter werden – vor allem bei Demenz. Deshalb muss ein neuer **Pflegebedürftigkeitsbegriff** Kernelement einer Pflegereform sein. Die Leistungen werden wir so differenzieren, dass sie den Betroffenen im Gegensatz zur Minutenpflege besser gerecht werden. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern. Wir wollen Pflege weiter professionalisieren und mehr Dienstleistungen anbieten, um pflegende Angehörige zu unterstützen. Ebenso wichtig ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Wir wollen pflegenden Angehörigen helfen: Mit einer flexiblen Pflegezeit, die mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr und Lohnersatzleistung ausgestattet ist, wollen wir Angehörigen helfen, die Pflegesituation zu gestalten. Dazu gehören auch der Ausbau der Pflegeberatung sowie bessere Pflegeleistungen und bezahlbare Dienstleistungen im Haushalt, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter voranbringen. Unser Ziel ist es, die bedarfsgerechte umfassende Versorgung der Altershaushalte aufzubauen.

Fachkräfteoffensive im Gesundheits- und Pflegebereich:

Gute Ausbildung, Entwicklungsperspektiven, gute Bezahlung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen, um die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen zu steigern. Wir wollen eine gemeinsame Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild „Pflege“ einführen. Die demografische Entwicklung führt zu einem noch stärkeren Fachkräftebedarf in Pflegeberufen. Um diesen möglichst schnell zu decken, ist das Ausbildungsangebot staatlicher Berufsfachschulen zu stärken, denn die Pflegeausbildung muss für die Absolventinnen und Absolventen kostenfrei sein und eine Ausbildungsvergütung ist einzuführen.

Die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger bilden deren Leistung und hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Wer auch in Zukunft noch genug Fachkräfte in der Pflege haben will, muss sie besser bezahlen. Soziale Arbeit muss aufgewertet werden. Wir unterstützen daher die Bemühungen für einen Branchentarif Soziale Arbeit, den wir für allgemein verbindlich erklären wollen. Damit kann dem Lohndumping effektiv begegnet und die Arbeit der Beschäftigten im Sozial- und Pflegebereich gewürdigt werden.

Frage 4) „Mehr Zeit für die Pflege!“ – unterstützen Sie dieses Ziel, und für welche Maßnahmen werden Sie sich konkret engagieren?

Ich unterstütze dieses Ziel, weil ich bei vielen Besuchen in Pflegeeinrichtungen und beim Mobilen Pflegedienst, insbesondere aber beim mehrfachen „Rollentausch“ erfahren habe, dass die Pflegekräfte durch Personalknappheit und Dokumentationspflichten immens belastet werden. Deswegen stehen ein vernünftiger und von den Kassen auch refinanzierter Personalschlüssel sowie eine Überprüfung des Umfangs der Dokumentationspflichten im Mittelpunkt politischer Anstrengungen.

Themenfeld Freie Wohlfahrtspflege und Teilhabe an der Gesellschaft

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege verstehen sich als Fürsprecher der Menschen, die hier kaum eine Lobby haben. Sie helfen ihnen, Unterstützung zu bekommen und eigene Kräfte zu entwickeln. Wo die Freie Wohlfahrtspflege staatliche Aufgaben übernimmt, sollte sie ihre Leistungen von den Kostenträgern erstattet bekommen, was aber oft nur unzureichend erfolgt. Wir vom Sozialpolitischen Forum wenden uns gegen Ausgrenzung und fordern, dass alle Menschen – egal ob gesund oder krank, behindert oder nicht behindert, mit oder ohne Migrationshintergrund, alt oder jung, pflegebedürftig oder selbständig usw. – gemeinsam an unserer Gesellschaft teilhaben können.

Frage 5) Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen öffentlicher Hand und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege?

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und ihre Leistungen sind für mich ein unverzichtbarer Bestandteil einer sozialen Gesellschaft. Sie sorgen nicht nur für Pluralität und Qualität, sondern auch für durch ihre jeweilig besonderen weltanschaulichen oder sozialpolitischen Prägungen für einen echten Mehrwert – auch durch ihre kritischen Hinweise und Warnungen. Ich habe mich sowohl im Kreistag wie auch im Landtag für auskömmliche Erstattungen für die erbrachten Leistungen der freien Träger eingesetzt.

Frage 6) Wie tragen Sie in Ihrer politischen Arbeit dafür bei, dass Bevölkerungsgruppen mit Hilfebedarf nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden?

Ich versuche, in meiner politischen Arbeit regelmäßig Einrichtungen zu besuchen, um mich bei den Betroffenen und Engagierten direkt zu informieren. Das ermöglicht zu einen, in die Arbeit von Landtag und Kreistag die Sorgen und Nöte einzubringen und für mehr (finanzielle) Unterstützung zu werben. Zum anderen kann man so manchen Klischees und Vorurteilen widersprechen, die sowohl über Hilfsbedürftige wie freie Träger geäußert werden.

Volkmar Halbleib – 4.9.2013

^{*)} Die Vertreter/innen der Parteien wurden vom Sozialpolitischen Forum gebeten, sechs Fragen aus drei Themenfeldern zu beantworten. Die Stellungnahme wird auf www.agfw-wuerzburg.de veröffentlicht.